

Fünfstündige Budgetdiskussion ohne Auswirkungen aufs Budget

Fast alle Änderungsanträge abgelehnt – Keine Aufstockung des Polizeikorps

133. und 134. Sitzung, 16 Uhr 30 und 19 Uhr 30

Vorsitz: Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach)

kg. Ernst Züst (svp., Horgen) stellt den Antrag, den Beginn der Sitzung um zehn Minuten zu verschieben. Wegen der Demonstration vor dem Rathaus können nicht alle Kantonsräte rechtzeitig im Saal sein.

Der *Rat* lehnt den Antrag mit offensichtlichem Mehr ab, die Sitzung beginnt pünktlich.

Fortsetzung der Budgetdebatte

Der *Rat* behandelt zuerst in Anwesenheit der Gerichtspräsidenten die Budgets der Gerichte. *Ernst Züst* (svp., Horgen), *Rosmarie Frehsner* (svp., Dietikon) und *Hans Egloff* (svp., Aesch) beantragen namens der SVP eine Reduktion um 2 Prozent durch Effizienzsteigerung. Obergerichtspräsident *Rainer Klopfer* betont, dass die Gerichte seriös budgetieren. Wir haben gesetzliche Grundlagen für die Bewilligung eines unentgeltlichen Rechtsbestandes. Die Zürcher Justiz verlangt von Ihnen etwa 4 Prozent des Budgets. Das ist in allen zivilisierten Ländern so.

Der *Rat* lehnt jeweils diskussionslos den Antrag der SVP auf Kürzung des Budgets des Obergerichtes mit 110 zu 50 Stimmen ab, den Antrag auf Kürzung des Budgets der Bezirksgerichte mit 100 zu 45 Stimmen, den Antrag auf Kürzung des Budgets des Verwaltungsgerichtes mit 104 zu 52 Stimmen und den Antrag auf Kürzung des Budgets des Sozialversicherungsgerichtes mit 106 zu 54 Stimmen.

Um das Budget des Kassationsgerichtes entspinnt sich eine Diskussion. *Yves de Mestral* (sp., Zürich) erinnert die Gegenseite an die Gewaltentrennung. *Katharina Kull-Benz* (fdp., Zollikon) gibt bekannt, dass die FDP den Kürzungsantrag der SVP unterstützt. Kassationsgerichtspräsident *Moritz Kuhn* führt aus, dass sein Gericht sehr zurückhaltend budgetiert hat.

Der *Rat* stimmt dem Antrag der SVP mit 85 zu 70 Stimmen zu und kürzt das Budget des Kassationsgerichtes um 157 000 Franken auf 4,6 Millionen Franken.

Persönliche Erklärungen

Brigitta Johner (fdp., Urdorf), Präsidentin der Bildungskommission, kritisiert den Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, der vor dem Rathaus mit einem echten Sarg Aufmerksamkeit erregen wollte. Das war geschmacklos und eines Lehrerverbandes nicht würdig. *John Appenzeller* (svp., Aeugst) meldet ein leichtes Pfeifen im Ohr. Er führt das darauf zurück, dass er von Demonstrationsteilnehmern vor dem Rathaus mit einem Pfeifkonzert empfangen wurde. Wem kann ich die Arztrechnung schicken?

Budgets von Fachstellen

Claudio Zanetti (svp., Zollikon), *Barbara Steinemann* (svp., Regensdorf), *Hans Heinrich Raths* (svp., Pfäffikon), *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) und *Claudio Schmid* (svp., Bülach) beantragen namens der SVP-Fraktion, die Budgets verschiedener kantonaler Fachstellen um 2 Prozent zu kürzen. Es geht um den Datenschutz, die Opferhilfe, die Gleichstellung, die Kultur und die Integration. Die einzusparenden Beträge bewegen sich zwischen 29 500 Franken und 2,3 Millionen Franken.

Der *Rat* lehnt alle Anträge der SVP auf Kürzungen bei Fachstellen ab.

Hansueli Züllig (svp., Zürich) gibt bekannt, dass die SVP an ihren weiteren Anträgen festhalten will.

Personalbestand der Kantonspolizei

Renate Büchi-Wild (sp., Richterswil) präsentiert zur Abwechslung einen Antrag, der das Budget verschlechtern würde. Sie verlangt, dass der Personalbestand der Kantonspolizei um 60 Stellen aufgestockt wird, womit wieder der Stand des Jahres 2003 (2511 Stellen) erreicht würde. Der Polizei werden immer neue Aufgaben übertragen, jetzt zum Beispiel die Kontrolle des Maulkorb- und Leinenzwangs für Kampfhunde. Deshalb ist eine Aufstockung nötig. Seit dem Entscheid über den Steuerfuss droht sogar ein weiterer Abbau um 150 Stellen. Nehmen Sie sich punkto Sicherheit die Stadt Zürich zum Vorbild!

Regula Thalmann (fdp., Uster), Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, erinnert an Aussagen von Regierungsrat Ruedi Jeker, die Sicherheit sei nicht gefährdet. Wir können nicht davon ausgehen, dass die Direktion mit einem allenfalls bewilligten höheren Budgetbetrag auch tatsächlich den Bestand aufstockt. Die Begründung für eine Aufstockung könnte auch in anderen Bereichen vorgebracht werden. *Thomas Ziegler* (evp., Elgg) gibt bekannt, dass die EVP-Fraktion grossmehrheitlich den Antrag Büchi unterstützt. *Barbara Steinemann* (svp., Regensdorf) staunt, dass eine Zürcher Sozialdemokratin die Sicherheit im Kanton Zürich gefährdet sieht, wenn ihr Aufstockungsantrag abgelehnt wird. Wir bezweifeln die Höhe der geforderten Mittel. 3 Millionen Franken für 60 neue Stellen sind viel zu wenig.

Hans-Peter Portmann (fdp., Kilchberg) hält der SP vor, sie wolle dort Geld in Stellen pumpen, wo die Verwaltung selber bereit ist, durch Effizienzsteigerung zu sparen. Ist es sozial, dort Geld auszugeben, wo es nicht nötig ist? Machen Sie nur weiter damit, gut verdienende Leistungsträger in die Ächtung zu treiben. *Alfred Heer* (svp., Zürich) bezeichnet die Politik der SP als verlogen. Die zunehmende Unsicherheit in diesem Land ist darauf zurückzuführen, dass wir eine zunehmende Verleumdung im Asylrecht und im Ausländerwesen hatten, bevor Christoph Blocher im Amt war. Dass die Polizei nach wie vor viel Arbeit hat, ist auf die Politik der SP und von Kirchenkreisen zurückzuführen.

Susanne Rihs-Lanz (gp., Glattfelden) prophezeit weitere, einschneidende Kürzungen nach dem Steuerfussentscheid. SVP und FDP müssen der Bevölkerung erklären, warum die Polizei seltener ausrückt. Wir sind für einen sicheren Kanton, aber wir sind nicht bereit, die Polizei von Sparmassnahmen auszunehmen. Die Grünen lehnen den Antrag ab. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) verweist auf sein Postulat, mit dem er verlangte, dass die Polizei an der Front ihren Sollbestand erreichen muss. SP, Grüne und FDP haben dieses Postulat zu Fall gebracht. Später hat die SP ein ähnliches Postulat eingereicht, dem wir mit unserer Unterstützung zum Durchbruch verholfen haben. *Stefan Feldmann* (sp., Uster) repliziert auf Portmann. Ist es soziale Politik, den Kanton dazu zu zwingen, sich von Sparpaket zu hangeln? Ist es eine soziale Politik, sich für weniger Prämienverbilligung einzusetzen? Herr Portmann muss mich und meine Fraktion nicht belehren, was soziale Politik ist. Johannes Zollinger (evp., Wädenswil) doppelt nach. Der Steuerfussentscheid war keine soziale Politik. *John Appenzeller* (svp., Aeugst) hört seit Jahren, an der Bildung werde gespart. Das stimmt gar nicht. *Renate Büchi-Wild* (sp., Richterswil) hat von der Gegenseite nichts Konkretes zu ihrem Antrag gehört.

Der *Rat* lehnt den Antrag auf Erhöhung des Budgets der Kantonspolizei mit 103 zu 66 Stimmen ab.